

55. (außerordentliche) Sitzung

am Donnerstag, dem 14. März 2002

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung .	3991
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	3991

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses

„Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften zum Schaden Bremens“

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD
und der CDU

vom 4. März 2002

(Drucksache 15/1086)

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	3992
Abg. Böhrnsen (SPD)	3995
Abg. Eckhoff (CDU)	3998
Abg. Tittmann (DVU)	4000
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4001
Abstimmung	4003

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Brumma, Bürger, Isola, Frau Jamnig-Stellmach, Frau Jansen, Leo, Frau Marken, Frau Schreyer, Dr. Schrörs, Dr. Schulte, Frau Stahmann.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 55. – außerordentliche – Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Meine Damen und Herren, am 14. März 2002 haben die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – –.

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit!

Am 14. März 2002 haben die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Abgeordnete der Fraktionen der SPD und der CDU gemäß Artikel 88 Absatz 2 der Bremischen Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 16 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit der Bezeichnung „Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften zum Schaden Bremens“ beantragt. Der Vorstand der Bürgerschaft hat daraufhin am 5. März 2002 die außerordentliche Sitzung für den heutigen Tag einberufen.

(B) Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 12. März 2002 (Drucksache 15/1096)
2. Familienfreundliches Bremen
Mitteilung des Senats vom 12. März 2002 (Drucksache 15/1097)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Mai-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Transport radioaktiver Stoffe
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Februar 2002
D a z u
Antwort des Senats vom 26. Februar 2002 (Drucksache 15/1081)
2. Gibt es „Eingangsdelikte“ für schwere Sexualstraftaten?
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2002
D a z u

Antwort des Senats vom 5. März 2002 (Drucksache 15/1090)

(C)

3. Beschädigungen durch illegales Graffiti im öffentlichen Raum
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2002
4. Kontrolle der Gesellschaften
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Februar 2002
5. Öffentlich-rechtliches Handeln der Gesellschaften
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Februar 2002
6. Änderung der Steuergesetzgebung
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. Februar 2002
D a z u
Antwort des Senats vom 12. März 2002 (Drucksache 15/1098)
7. Umsetzung des Modellprojekts Mammographie-Screening in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
D a z u
Antwort des Senats vom 12. März 2002 (Drucksache 15/1099)
8. Hafenkosten
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 5. März 2002

(D)

Interfraktionell wurde Folgendes vereinbart: Für die Aussprache ist für den jeweils ersten Redner einer Fraktion verlängerte Redezeit von bis zu 15 Minuten vorgesehen. Danach wird nach der Geschäftsordnung verfahren. Die ersten Redner erhalten in der Reihenfolge Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU das Wort.

Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Tagesordnung ein.

(A) **Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses**

„Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften zum Schaden Bremens“

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 4. März 2002
(Drucksache 15/1086)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, Bürgermeister Perschau, Senator Hattig und Frau Senatorin Wischer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Kollegin Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die grüne Bürgerschaftsfraktion beantragt heute in der Bremischen Bürgerschaft die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit dem Titel „Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften zum Schaden Bremens“.

Für den Antrag und die Einberufung der heutigen Sondersitzung haben Kolleginnen und Kollegen der SPD- und der CDU-Fraktion mit ihren Unterschriften für das notwendige Quorum von 25 Stimmen gesorgt, weil die zehn Stimmen der grünen Opposition allein nicht ausgereicht hätten, einen Untersuchungsausschuss und eine Sondersitzung zu beantragen. Dafür bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion insbesondere deshalb, weil es Ihnen ja, nach den öffentlichen Äußerungen zu urteilen, von der Sache her nicht durchgängig überzeugend erscheint, diesen Untersuchungsausschuss einzurichten.

(Abg. **B ö h r n s e n** [SPD]: Durchgängig ist ein bisschen untertrieben!)

Ich hoffe, dass wir Sie noch davon überzeugen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

An Herrn Focke gerichtet möchte ich gern sagen: Die Sondersitzung und auch der heutige Termin sind mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU einvernehmlich abgestimmt worden. Wir hatten auf der Ebene keinen Dissens. Ich habe mich schon ein bisschen darüber geärgert, dass Sie sich hier als Wadenbeißer in der Welt betätigen mussten. Gut, das gehört offensichtlich zur Begleitmusik.

(Abg. **F o c k e** [CDU]: Das gehört einfach dazu!)

Gut, wenn Sie meinen!

Dieser Untersuchungsausschuss hat eine längere Vorgeschichte. Ich will hier gern Teile davon darstellen, auch um Ihnen zu zeigen, dass wir es uns mit der Entscheidung nicht leicht gemacht haben und dass wir doch der Überzeugung sind, dass es eine Menge Substanz gibt, die hier Grundlage für den Untersuchungsausschuss sein soll.

Der Untersuchungsausschuss hat also eine längere Vorgeschichte. Beginnen wir einmal mit dem Kauf der Lettow-Vorbeck-Kaserne und dem geplanten Umbau zur Polizeikaserne! Dieses Vorhaben war von der Sache her relativ unumstritten, es fiel aber öffentlich schnell auf durch eine geplante Finanzierung durch ein Leasingverfahren, das aus haushaltsrechtlichen Gründen wieder fallen gelassen werden musste. Was bleiben sollte, war allerdings ein Bauauftrag an die Firma Zech, der ohne öffentliche Ausschreibung vergeben werden sollte. Die öffentliche Begründung dafür waren besondere Geheimhaltungserfordernisse. Erst nach massiven öffentlichen Protesten wurde der Auftrag dann doch ausgeschrieben. Die den Zuschlag erhaltende Commercial-Leasing gab der Firma Zech den Auftrag als Generalunternehmer.

Übrig geblieben sind ein fader Geschmack und ziemlich viele Fragen. Obwohl die rechtlichen Fragen eindeutig sind, wurde viel Energie hineingesteckt, sie zu umgehen. Obwohl öffentliche Ausschreibungen dem Wettbewerb dienen, obwohl öffentliche Ausschreibungen nach einhelliger Meinung am ehesten die Gewähr für die preisgünstigste Lösung bieten, wurde unter dem damaligen Innensenator Borttscheller eine Menge unternommen, um genau diesen Weg nicht gehen zu müssen.

Wir wollen wissen, warum das so war. Wer hatte sich von der Nichtausschreibung welche Vorteile für die Stadt versprochen? Wer hat auf der Basis welcher Kenntnisse entschieden? Entsprachen die Motive im Verwaltungshandeln auch dem, was der Öffentlichkeit und im Parlament gesagt wurde? Welche Rolle hat dabei eigentlich eine private Gesellschaft unter Beteiligung der Fides gespielt, gegen die heute wegen Steuerhinterziehung ermittelt wird? Das sind Fragen, auf die die Grünen eine Antwort haben wollen. Auch der sonderbare Sachverhalt, dass Kauf und Umbau der Lettow-Vorbeck-Kaserne zu einem erheblichen Teil ausgerechnet aus dem Verkauf des Polizeihauses Am Wall bezahlt wurden, kann einen nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen lassen, es geht dabei nämlich um dieselbe Baufirma.

Über ein weiteres, viele Fragen aufwerfendes großes Vorhaben der Regierung, den Behördenumzug in das Siemens-Hochhaus, haben wir ja hier kürzlich herzhaf gestritten. Die auftauchenden Fragen wurden vom Senat auch in dieser Debatte wie auch nach mehreren Kleinen Anfragen der Grünen nicht beantwortet.

(C)

(D)

(A) Warum wurde das Siemens-Hochhaus nur in einer beschränkten Ausschreibung angeboten? Wer hat das entschieden und warum? Warum wurde die vorgeschriebene Wirtschaftlichkeitsberechnung des Verkaufs einer für 30 Jahre mit Behörden belegten Liegenschaft nicht vorgenommen? Wer hat das entschieden und warum? Wieso wurden die Nachfragen des Rechnungshofs, der, wie vom Parlament ja gefordert, versucht, auch laufende Verfahren auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu überprüfen und zu beurteilen, nicht beantwortet? Warum wurde die Forderung nach Anstellen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht befolgt? Wer hat das entschieden und warum? Das sind Fragen, auf die die Grünen eine Antwort haben wollen!

Zum Verkauf des Grundstücks an der Contrescarpe an den Verleger Klaus-Peter Schulenberg: Obwohl die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft einen höheren Preis geboten hatte, bekam Herr Schulenberg den Zuschlag, gekoppelt möglicherweise an Abmachungen zum Betrieb des Musicals „Hair“ und zum Kauf des Ticket-Service-Centers. Dafür hat es auch ein besseres Gebot gegeben. Wer wollte eigentlich unbedingt diesen Deal, dessen Charakter als Koppelgeschäft die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Verkäufe und Geschäfte erschwert? Warum werden eigentlich dermaßen schlechte Verträge abgeschlossen, dass heute Herr Schulenberg „Hair“ nicht mehr betreiben muss, die Stadt das Contrescarpe-Grundstück aber los ist, ebenso wie das Ticket-Service-Center, das unseres Wissens nach immer noch nicht bezahlt ist? Das sind Fragen, auf die die Grünen jetzt endlich eine klare Antwort haben wollen!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als weiteres Beispiel will ich das Polizeihaus Am Wall anführen. Dafür hatte die Firma Zech im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung den Zuschlag erhalten, und unmittelbar danach fiel die Entscheidung, dass die Stadtbibliothek dort einen großen Teil der Flächen anmieten soll. Der Wunsch, dass die Stadtbibliothek dahin geht, war übrigens politisch, soweit ich mich erinnern kann, nicht umstritten, auch die Grünen wollten das. Es geht aber um die Reihenfolge. Es fiel also die Entscheidung, dass die Stadtbibliothek dort einen großen Teil der Flächen anmieten soll. Diese Sache hat auch in der Bauwirtschaft für sehr böses Blut gesorgt, weil der Anschein, es hätten nicht alle Bewerber die gleichen Konditionen gekannt, bis heute nicht ausgeräumt wurde.

Hier stellen sich ebenfalls Fragen, die die Grünen beantwortet haben möchten. Welche Wirtschaftlichkeitsberechnungen lagen für den Verkauf vor? Wer hat wann den Bibliotheksumzug geplant? Wer hat davon gewusst? In welcher zeitlichen Abfolge erfolgten Planung und Entscheidung? Wir wollen wissen,

ob eine Firma in diesem Zusammenhang zum Schaden der Stadt bevorteilt wurde.

(C)

Am 11. Dezember 2001 durchsuchte die Bremer Staatsanwaltschaft Räume öffentlicher Stellen und privater Betriebe wegen des Verdachts der Korruption im Zusammenhang mit öffentlichen Bauaufträgen und beschlagnahmte umfangreiches Aktenmaterial. Gegen einen leitenden Mitarbeiter der Bremer Baubehörde wird ermittelt. Ein maßgeblicher Zeuge fühlt sich massiv bedroht, so massiv, dass Bremen sich entschieden hat, ihn zeitweise ins Zeugen-schutzprogramm aufzunehmen. Auch wenn sich herausstellen sollte, was man sich nur wünschen kann, dass strafrechtlich nichts an der Sache ist, bleiben politische Fragen.

Wurden nämlich die Verwaltungsvorschriften zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption in der öffentlichen Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen vom 23. Januar 2001 bei allen Vergabeverfahren, Bauaufträgen und Verkäufen eingehalten? Wie werden die Richtlinien in den Beteiligungsgesellschaften, insbesondere der BIG, umgesetzt? Die Muster der in Rede stehenden Projekte, Auftragsvergaben und Bauaufträge ähneln sich leider. Es wird gar nicht oder nur beschränkt ausgeschrieben, der Gewinner der Ausschreibung erhält Konditionen, von denen vorher nicht die Rede war, und an Grundstücksgeschäften sind andere Geschäfte gekoppelt, wie man beim Musical sieht. Das sind die Muster der in Rede stehenden Angelegenheiten, die wir hier untersuchen wollen.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Architektenkammer, in der Bauwirtschaft und in der Öffentlichkeit steigt der Unmut über intransparente Vergabeverfahren. Außerhalb Bremens setzt sich der Eindruck fest, auswärtige Bieter hätten per se keine Chance, auch bei günstigeren Angeboten in Bremen einen Auftrag zu bekommen. Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Herr Kollege Böhrnsen, erklärte am 6. Februar 2002 anlässlich des umstrittenen Verkaufs des Grundstücks Bahnhofsvorplatz an die Bietergemeinschaft Justus Grosse, Brebau und Zech, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Aber auch die beteiligten Investoren machen es erforderlich, dass eine sorgfältige Abwägung zwischen den Angeboten nicht nur vorgenommen, sondern auch vermittelt wird. Immerhin sind gegen eine beteiligte Firmengruppe Vorwürfe erhoben worden, zwar nicht bestätigt, aber auch nicht ausgeräumt.“

Das können die Grünen nur voll bestätigen. So ist es! Die Entscheidungen müssen auch vermittelt werden. Das allerdings ist Ihnen schon seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit bestimmt nicht mehr gelungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Wer es jetzt immer noch nicht hören möchte, dem kann man auch noch einen Blick in den aktuellen Bericht des Rechnungshofs empfehlen. Bremen ist in den letzten Jahren dazu übergegangen, beschränkte Ausschreibungen zur Regel zu machen, obwohl die Ergebnisse zeigen, dass man so nicht die günstigsten Angebote einholt. Welche Gründe gibt es dafür, dass sich diese Verwaltungspraxis eingeschlichen hat? Wieso haben sich Verfahren durchgesetzt, die so zumindest nach den beschlossenen Richtlinien und den öffentlich geäußerten Verlautbarungen politisch gar nicht erwünscht sind?

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Beschränkte Ausschreibungen sind auch Ausschreibungen, das sollte sich auch bei den Grünen herungesprochen haben!)

Beschränkte Ausschreibungen sind auch Ausschreibungen, aber der Regelfall, und so sind auch die Beschlüsse des Parlaments, sind öffentliche und unbeschränkte Ausschreibungen! Das ist auch die Willenserklärung des Parlaments hier gewesen. Wenn Sie das falsch finden, Herr Pflugradt, können wir uns auch öffentlich darüber streiten, weil alle Ergebnisse der Verwaltungswissenschaft sagen, dass man die besseren Ergebnisse für die Stadt erzielt, wenn man nicht beschränkt, sondern weit ausschreibt, wenn man nicht nur gezielt immer dieselben Firmen anschreibt, sondern weit über die Grenzen des Landes hinaus, so sind ja übrigens auch die EU-Vorschriften, Ausschreibungen macht. Das ist die Erkenntnis. Wenn Sie die nicht wollen, dann, sage ich Ihnen, sind unter Billigung von Ihnen und Ihrer Fraktion Verfahren in Bremen eingerissen, die nicht Gewähr dafür bieten, dass sie die besten Ergebnisse für unsere Stadt bringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die jüngsten Ereignisse in Köln sollten Sie nachdenklich machen.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Vorsicht!)

Es war klar, dass Sie das ärgert! Hören Sie einen Moment zu, ich habe nicht gesagt, dass es so ist wie in Köln, dafür haben wir keine Anhaltspunkte, und das werden wir auch nicht behaupten!

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Dann lassen Sie es!)

Moment einmal, darf ich den Satz zu Ende sagen? Die jüngsten Ereignisse in Köln sollten Sie nachdenklich machen.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Wieso?)

Korruption und Verantwortung dafür, wie unsere Verwaltung funktioniert, rücken in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der Senat antwortet selbst auf die Anfrage der Grünen vom 6. Februar 2001 „Zur Vorbeugung und Verfolgung von Korruption“, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der Antwort des Senats: „Allgemein“, also auch in Bremen, „gilt die Einschätzung, dass alle Verwaltungsbereiche, die Entscheidungen mit hohem materiellem Wert für Dritte – zum Beispiel Vergabe von Aufträgen, Genehmigungen und deren Entzug, Gewährung finanzieller Leistungen, Prüftätigkeiten und Gebührenerhebung – treffen, besonders gefährdet sind.“ Das antwortet der Senat in Bremen selbst der Bremischen Bürgerschaft. Das haben wir hier auch debattiert.

Hans Ludwig Zachert, der ehemalige Chef des Bundeskriminalamts, wird in einem Artikel des IBE, Institut für praktische Berufsethik, vom März 2002 mit dem Satz zitiert: „Im Bauwesen existiert in vielen deutschen Großstädten ein Grad an Korruption, der jahrelang Bestand hat.“ Weiter heißt es dort: „Korruption ist in Deutschland zu einem Massenphänomen geworden. Auf allen Ebenen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens werden wechselseitig Gefälligkeiten erwiesen.“

Das alles ist kein Grund für pauschale Verdächtigungen oder Vorverurteilung. Das ist wohl wahr, das haben wir an keiner Stelle getan. Aber es ist ein weiterer Grund für Aufklärung und für die Übernahme von Verantwortung dafür, dass in Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung ein verstärktes Problembewusstsein einkehrt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus den öffentlichen Stellungnahmen, vor allen Dingen aus der SPD-Fraktion und auch von Seiten des Senats – dass dem das nicht gefällt, kann ich noch am ehesten verstehen –, konnte man ja entnehmen, dass Sie den Untersuchungsausschuss für überflüssig, ja für gefährlich halten. Ich sage Ihnen ganz klar, solch eine Einschätzung und Umgangsweise finden wir leichtfertig und wenig verantwortlich. Wenn Sie alle diese Fragen hier nicht haben, weil Sie die Antworten kennen, dann teilen Sie es der Öffentlichkeit mit! Es würde in Bremen viele Leute von ziemlich vielen Qualen entlasten, das wäre wichtig für Bremen und könnte Misstrauen und unangenehmen Gerüchten den Nährboden entziehen. Wenn Sie alle diese Fragen nicht haben, weil Sie es gar nicht so genau wissen wollen, dann nehmen Sie Ihre Aufgabe als Parlament, das als Ganzes den Senat kontrollieren muss, nicht wahr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse hat die Bürgerschaft aus unserer Sicht gar keine andere

(C)

(D)

(A) Wahl. Das Parlament muss sich der Sache annehmen. Es muss die in Rede stehenden Sachverhalte lückenlos aufklären und Vorschläge erarbeiten, wie in Zukunft Verkäufe und Bauaufträge in verlässlichen und geregelten Verfahren vergeben werden, und zwar so verlässliche und geregelte Verfahren, dass sie auch über jeden Zweifel derjenigen erhaben sind, die sich bei irgendwelchen Geschäften benachteiligt fühlen, weil sie, vielleicht auch aus guten Gründen, nicht zum Zug gekommen sind.

Oder wollen Sie wirklich untätig bleiben, wenn unsere eigene Architektenkammer von Zuständen wie in einer Bananenrepublik spricht? Wollen Sie sich wirklich immer noch bei der Abstimmung über den Untersuchungsausschuss der Stimme enthalten, wenn Baufirmen im Umland Bremens nur vielsagend mit den Achseln zucken? Dort hat man keine Chance, das hat sich festgesetzt. Dafür haben Sie auch eine politische Verantwortung, dass über Bremen so geredet wird. Oder wollen Sie den Untersuchungsausschuss immer noch nicht, wenn die Musical-Branche sich bundesweit über die Bremer Verträge lustig macht, und finden Sie immer noch, dass die Grünen hier im Nebel stochern, wenn unser Bundesland ins Gerede kommt als Ort, wo man zum Klüngel gehören muss?

(B) Ein Untersuchungsausschuss ist, wohl wahr, die schärfste Waffe des Parlaments zur Aufklärung von Sachverhalten. Er ist kein alleiniges Mittel der Opposition, und er ist auch von uns als solches nicht konzipiert. Er ist auch nicht dafür da, die Staatsanwaltschaft zu ersetzen. Auch das werden wir nicht tun! Hier geht es ganz klar um politische Verantwortung für Verwaltungsabläufe und mögliche Vorteilsnahme im öffentlichen Handeln. Es geht auch nicht darum, einzelne Unternehmen anzuprangern. Die schutzwürdigen Belange von in Bremen tätigen Unternehmen werden wir bei unserer Arbeit im Auge behalten.

Den größten Dienst können Sie Bremen erweisen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen und gemeinsam mit uns Sachverhalte aufklären und Verbesserungsvorschläge machen, dass in Zukunft der gute Name Bremens wieder gewahrt ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal erleben wir in diesem Haus Situationen, in denen wir uns selbstkritisch fragen, zumindest fragen müssen, ob das, was wir in diesem Moment tun, von denen eigentlich verstanden wird, die uns in dieses Haus entsandt haben, nämlich von den Bürgerinnen und Bürgern oder den Wählerinnen und Wählern, und ich füge hinzu, für

mich gehört die heutige Sondersitzung in die Liste dieser Situationen eingereiht. (C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gestellt und dabei nach der Antragsformulierung, nach der anschließenden Pressekonferenz und, Frau Linnert, auch mit der heutigen Einbringung es zum dritten Mal nicht vermocht, ihre zum Teil ungeheuerlichen Anschuldigungen mit mehr als einem schlechten Gefühl zu unterlegen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Sagen Sie doch einmal etwas zu der konkreten Sache!)

Ich habe mich in den letzten Tagen und Wochen gefragt, ob den Grünen eigentlich bewusst ist, dass sie über fast alle wichtigen bremischen Bauvorhaben der letzten Jahre und über bremische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und über Bauunternehmen und die bremische Bauwirtschaft den Generalverdacht der Korruption und der Unlauterkeit legen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt einfach nicht!) (D)

Liebe Frau Linnert, Daten und Fakten, die einen solchen Generalverdacht auch nur im Ansatz begründen könnten, haben die Grünen bis heute nicht vorgelegt, und das, meine Damen und Herren, nenne ich, und ich wiederhole es, einen verantwortungslosen Umgang mit dem parlamentarischen Instrument des Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Linnert, lassen Sie uns doch einmal in Ihren Einsetzungsantrag schauen! Sie schreiben in diesen Antrag einmal eben so ganz locker hinein, dass sich der Untersuchungsauftrag erstrecken soll auf „unzulässige Einflussnahme auf die politischen und administrativen Entscheidungen durch Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme oder Begünstigung – Korruption –“. Ihnen ist hoffentlich bewusst, dass Sie damit schwere Straftaten aufgezählt haben. Schauen Sie einmal in das Strafgesetzbuch: Paragraph 331, Vorteilsnahme, Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, Paragraph 332, Bestechlichkeit, Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, Paragraph 333, Vorteilsgewährung, Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, Paragraph 334, Bestechung, Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren!

Diesen Verdacht solch schwerer Straftaten streut die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ganz generell

(A) und ohne jede Eingrenzung über Senat, Verwaltung, Politik, Bauwirtschaft.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Es muss Ihnen doch selbst auffallen, dass man nicht derart bedenkenlos Verdächtigungen in die Welt setzen kann. Meine Damen und Herren, das ist hilflose Oppositionspolitik auf die Spitze getrieben!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das setzen wir doch nicht in die Öffentlichkeit!)

Meine Damen und Herren, hier will doch niemand in Abrede stellen, dass es aus Oppositionssicht Nachfragen, Anmerkungen, Kritik zu bremischen Bauvorhaben geben kann. Das ist das Recht der Opposition. Aber die Grünen haben nicht dargelegt, warum hier nur ein kosten- und zeitaufwendiges Untersuchungsausschussverfahren ihre Fragen beantworten könnte und alle sonstigen parlamentarischen Wege nicht in Betracht kommen.

Frau Linnert, das haben Sie hier auch nicht getan. Alles das, was Sie hier angesprochen haben, lässt sich in den Ausschüssen, in den Deputationen, auch hier im Parlament klären und debattieren.

(B) (Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, Herr Böhrnsen! Wir wissen, wie das da läuft!)

Ich bleibe deshalb dabei und wiederhole es, der Untersuchungsausschuss ist auch überflüssig.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zu meiner Eingangsbemerkung von der gewissen Sonderlichkeit dieser Sitzung heute, denn am Ende dieses Bürgerschaftstages wird es den Untersuchungsausschuss geben, weil sozialdemokratische und christdemokratische Abgeordnete die notwendigen Unterschriften geleistet haben, um der durch Wählervotum, heute würde ich sagen, zu Recht sehr klein geratenen Opposition ein Minderheitenrecht nicht aus der Hand zu nehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir stehen trotz aller Kritik am Vorgehen der Grünen zu unserem Wort, also zu der Zusicherung im Koalitionsvertrag von SPD und CDU, dass wir der Opposition die Wahrnehmung der Minderheitenrechte ermöglichen werden, die nach Verfassung und Geschäftsordnung der

Bürgerschaft mehr Stimmen vorsehen, als die Grünen haben. Aber, meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich für die SPD-Fraktion, die SPD-Fraktion reicht die Hand nur zur Überwindung der formalen Hürde der Mindeststimmenzahl, die Hand zur Einsetzung des Ausschusses werden wir nicht heben. So kann der Ausschuss, Frau Linnert hat es angedeutet, allein mit den Stimmen der Grünen von der Bürgerschaft eingesetzt werden, weil nach Artikel 90 unserer Landesverfassung die Bürgerschaft ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. Dabei zählen nur Ja- und Neinstimmen, wir aber werden uns enthalten.

Meine Damen und Herren, ich lege Wert auf die Feststellung, dass ein Rückschluss auf die anschließende Mitarbeit im Ausschuss aus diesem Abstimmungsverhalten nicht zu ziehen ist!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Hört, hört!)

Die SPD-Fraktion wird den Beschluss der Bürgerschaft selbstverständlich respektieren und sich mit aller Sorgfalt an der dann gemeinsam durch Beweisbeschlüsse konkret zu beschreibenden Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses beteiligen.

Meine Damen und Herren, die heutige Einbringung des Antrags durch die Fraktionsvorsitzende der Grünen hat das Dilemma, denke ich, noch einmal ganz deutlich gemacht, in dem sie stehen. Frau Linnert, entweder haben Ihre Vermutungen nicht mehr Substanz, als Sie heute vorgetragen haben, entweder gründen Ihre Verdächtigungen nur auf dem Gefühl, das kann doch nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, dann, Frau Linnert, ist es nicht zu rechtfertigen, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen,

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Nun nehmen Sie den Mund einmal nicht so voll!)

oder aber, Frau Linnert, jetzt komme ich zur zweiten Alternative, Sie haben konkrete Hinweise auf Vorteilsgewährung, auf Vorteilsnahme, auf Korruption, dann gehören diese Hinweise nicht in einen solchen Untersuchungsausschuss, sondern auf den Tisch des Staatsanwalts, der wegen krimineller Vorgänge ermitteln müsste!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Linnert, zu vermuten ist aber wohl, dass Sie diese Hinweise oder diesen fundierten Verdacht gar nicht haben, sondern bloß hoffen, dass der Untersuchungsausschuss Ihnen in Wahlkampfzeiten Munition liefern möge.

(C)

(D)

(A) Frau Linnert, Sie haben das Stichwort Köln genannt. Ich habe überhaupt keine Scheu, auch in dieser Debatte auf die Ereignisse von Köln einzugehen. Um es ganz deutlich zu sagen, ich bin entsetzt über die Machenschaften um Spenden, Spendenbescheinigungen und um falsche Angaben zur Parteienfinanzierung. Ich bin aber vor allem deshalb entsetzt, weil ich das für einen Anschlag auf die demokratische Kultur insgesamt halte,

(Beifall bei der SPD)

weil es schlimm ist, wenn der Eindruck erweckt wird oder entstehen kann, ja, so gehe es in den Parteien allgemein zu. Sie denken nur an sich, sie nehmen es mit der Einhaltung von Gesetzen nicht so genau, und sie sind alles andere als ein Vorbild in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft.

Dieses Bild darf nicht entstehen. Es entwertet, und das ist meine große Sorge, das ehrenamtliche Engagement von so vielen Menschen in den Parteien, und es vergrößert den Abstand zwischen der Politik und vielen Menschen in unserer Gesellschaft. Deswegen muss es unser gemeinsames Anliegen sein, entschlossen gegen solche Machenschaften vorzugehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg.
Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]:
Was macht man dagegen?)

(B) Da kann ich Ihnen versichern, dass die SPD mit aller Entschiedenheit derartiges Fehlverhalten aufklären und Schuldige zur Rechenschaft ziehen wird.

Meine Damen und Herren, Frau Linnert, aber wie kommen Sie eigentlich dazu, eine Linie zumindest zu suggerieren von Köln zu Bremen, und hier könnte es ähnlich sein?

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das habe ich nicht überhaupt nicht
getan! Nein, nein!)

Das ist absurd, Frau Linnert! Das ist für mich die Fortsetzung der Unverantwortlichkeit von Verdächtigungen, die Ihren Antrag durchziehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme auf berechnete Nachfragen und Kritik an dem einen oder anderen Bauvorhaben zurück: Das ist die Aufgabe der Opposition. Aber in eine Auseinandersetzung mit der Exekutive einzutreten, das ist ja allgemein nicht ungewöhnlich im Haus der Bürgerschaft. Das parlamentarische Instrumentarium wird nicht nur von der Opposition genutzt. Kleine und Große Anfragen, Fragen in den Fragestunden und in öffentlichen Debatten im Plenum, die Hilfe des Rechnungshofs in

Anspruch zu nehmen, dies alles steht allen Parlamentariern zur Verfügung, um aus einem unguten Gefühl einen hinreichenden Verdacht oder Gewissheit zu machen. Nicht zuletzt hat jeder Parlamentarier das Recht, in die Akten der Exekutive zu schauen, ich sage deutlich mit Blick auf frühere Debatten und im Hinblick auf unsere Beteiligungsgesellschaften, das durchaus noch auszubauende Recht, in die Akten zu sehen.

Das, meine Damen und Herren, ist der politische Alltag. Erst danach kommt – und man muss angesichts des Antrags der Grünen sagen, eigentlich, sie haben die Formulierung gebraucht – die schärfste Waffe des Parlamentarismus, der Untersuchungsausschuss. Nun darf ich mir erlauben, einmal auf den Hintergrund von Untersuchungsausschüssen als Einrichtung des Parlaments hinzuweisen. Durch einen Untersuchungsausschuss wird das Recht des Parlaments auf Autonomie und Selbstorganisation, mit dem bereits Ausschüsse zur Aufklärung von Sachverhalten eingesetzt werden könnten, durch ein parlamentarisches prozessuales Zwangsrecht erweitert. Aktenvorlagen können erzwungen werden, nicht nur von Behörden, sondern auch von Privaten.

Während in anderen Ausschüssen Gäste eingeladen werden, um die Arbeit des Parlaments zu ermöglichen oder zu unterstützen, haben Untersuchungsausschüsse das Recht, Zeugen zu laden mit den entsprechenden prozessualen Konsequenzen, wie sie die Anwendung der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgeben. Zeugen müssen erscheinen und die Wahrheit sagen, sie dürfen nichts verschweigen, sie können zwangsweise vorgeführt, notfalls kann Zwangsgeld verordnet werden, ausgeschlossen ist nicht einmal die Verhängung von Ordnungshaft. Nicht zuletzt kann der Ausschuss Zeugen vereidigen, und auch wer vor dem Ausschuss falsch aussagt, ohne vereidigt worden zu sein, macht sich strafbar.

Ein Untersuchungsausschuss, Frau Linnert, darüber sollten Sie noch einmal nachdenken, wird eben nicht nur, und hier darf ich das Bundesverfassungsgericht zitieren, zur Sammlung und Prüfung von Materialien für die Gesetzgebung und zur Kontrolle der Gesetzmäßigkeit und Lauterkeit von Verwaltungsmaßnahmen eingesetzt. Untersuchungsausschüsse üben, so hat es das Bundesverfassungsgericht formuliert, öffentliche Gewalt aus. Gerade wenn die Privatwirtschaft, die Lebensverhältnisse und die Lebensumstände von Privatpersonen zum Gegenstand parlamentarischer Untersuchungen gemacht werden, muss ein erhebliches öffentliches Interesse die parlamentarische Beratung und Beschlussfassung rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, deshalb – und es lohnt sich, diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einmal nachzulesen – werden ganz hohe Anforderungen an die Abwägung eines Aufklärungsinteresses und etwa dem grundrechtlichen Schutz-

(C)

(D)

(A) bedürfnis auch Privater gestellt. Ich will darauf jetzt an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Ich will Ihnen nur sagen, dass nach meiner festen Überzeugung auch vor diesem verfassungsrechtlich geprägten Hintergrund der Auftrag eines Untersuchungsausschusses mehr hergeben muss, als es der vorliegende Antrag der Grünen macht. Nicht im Ansatz haben Sie sich bemüht, auch heute nicht – vielleicht bemüht, aber es ist Ihnen nicht gelungen –, konkrete Verdachtsgründe zu formulieren.

Der Vorwurf der Korruption, das wiederhole und unterstreiche ich, wird auf alle Bauvorhaben bezogen, die Sie in dem Antrag genannt haben. Sie haben da keine Einschränkung vorgenommen. Gleichwohl haben Sie keinen einzigen konkreten Sachverhalt benannt. Es entsteht der Eindruck, der Untersuchungsausschuss solle nach dem Motto installiert werden: „einmal sehen, was dabei herauskommt“, oder „irgendetwas wird schon hängen bleiben“. Das, meine Damen und Herren, ist der falsche und ein unangemessener parlamentarischer Stil.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es darf bei einem fairen Umgang, nicht nur unter uns oder mit der Verwaltung oder dem Senat, sondern erst recht mit Privaten, mit außerhalb unserer engeren politischen, verwaltungsmäßigen Beziehung Stehenden, nicht darum gehen, viele unter einen Generalverdacht zu stellen und mit einem öffentlichen Verfahren dann die Unschuldigen herauszufiltern und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Es darf nicht darum gehen, die Unschuldsvermutung umzukehren. Das tun Sie aber mit Ihrem Antrag.

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist absurd!)

Frau Linnert, ich glaube, Sie haben den Eindruck heute nicht ausräumen können, der allgemein besteht, jedenfalls außerhalb Ihrer Reihen, und ich höre, in Ihren Reihen war es ja auch nicht so ganz unumstritten, ob es diesen Untersuchungsausschuss nun geben sollte oder nicht, dass pünktlich zur Wahlkampfzeit ein öffentliches Verfahren losgetreten werden soll, für politische Ziele, das ist erlaubt, aber mit der ganzen Macht der Strafprozessordnung, und das ist nicht angebracht!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend und zusammenfassend sagen, die Skepsis gegenüber dem Untersuchungsausschussantrag der Bündnisgrünen ist bei der SPD-Fraktion seit der ersten Ankündigung seitens der Grünen nicht geringer geworden! Die SPD-Fraktion wird aber selbst-

verständlich die Entscheidung dieses Hauses, selbst wenn sie mit der kleinsten denkbaren Mehrheit heute zustande kommt, akzeptieren und sich den parlamentarischen Pflichten stellen. Wir werden uns in den Dienst des Ausschusses stellen und aufgrund auch von den Koalitionsfraktionen zu entwickelnden Beweisbeschlüssen den Auftrag so verdichten, dass es dem Ausschuss gelingen kann, der Bürgerschaft einen fundierten Abschlussbericht zu präsentieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich das sagen darf, Herr Kollege Böhrnsen, ich habe mir gerade überlegt, ob ich mich überhaupt noch zu Wort melde!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir hatten hier ja schon unterschiedliche Auffassungen. Ich finde, das war eine sehr gute Rede. Sie haben viele Dinge hervorragend auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

(D)

Deshalb möchte ich von meinem Redemanuskript abweichen und mich eigentlich auf drei oder vier Stichworte konzentrieren, die in erster Linie auch von Frau Linnert angesprochen worden sind.

Frau Linnert, die Zweifel und die Skepsis, die gerade Herr Böhrnsen hier zum Ausdruck gebracht hat, bewegen genauso die CDU-Fraktion. Es gibt einen Unterschied zwischen diesem Untersuchungsausschuss und denen, die uns die letzten 15 oder 20 Jahre begleitet haben. Bei allen anderen Untersuchungsausschüssen, ich will nur erinnern an Vulkan, Stadtwerke, St.-Jürgen-Straße, aber auch Geiseldrama oder JVA, gab es ganz konkrete Hinweise auf Verfehlungen, auf Gelder, die abhanden gekommen sind, auf Sachen, die zweckentfremdet wurden. Daraufhin wurden Untersuchungsausschüsse eingesetzt. Dies ist heute nicht der Fall! Das ist der Unterschied mit dem heutigen Beschluss, und das ist auch einer der Hauptgründe, warum sich die CDU-Fraktion enthalten wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Und die Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft ist gar nichts?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute geht es, Herr Böhrnsen hat das gesagt, um maßgeb-

(A) liche Projekte, die insbesondere die Stadtentwicklung in den letzten Jahren in Bremen betroffen haben. Es handelt sich auch um Projekte, die in aller Regel einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung haben und insbesondere auch bei denjenigen, die von diesen Veränderungen entsprechend profitiert haben. All diese Projekte werden unter einen Generalverdacht gestellt.

Ich will das sagen, Frau Linnert, wenn man sich die Aufzählung Ihrer Projekte auf Seite zwei anschaut, so muss man doch feststellen, dass das Siemens-Hochhaus, das Polizeihaus Am Wall und das Polizeipräsidium in der Vahr über eine Ausschreibung gelaufen sind, für den Bahnhofsvorplatz gab es sogar zwei Ausschreibungen, das Contrescarpe-Center lief über eine Ausschreibung, und der Großmarktneubau lief über eine Ausschreibung der Gewerke. Das ist doch die Realität, und Sie machen den Leuten hier vor, wir lebten in einer Bananenrepublik! Das ist einfach einer Opposition nicht würdig, liebe Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir müssen aber auch an dieser Stelle konstatieren, dass es natürlich, Herr Böhrnsen sagte es gerade, das Recht einer Opposition ist, eine Kontrolle auszuüben. Dafür hätte es ja auch Gelegenheiten gegeben, Fragen! Sie haben bis jetzt eine Menge Fragen hier formuliert, Frau Linnert. Dafür gibt es diverse Möglichkeiten. Es gibt die Deputationen, in denen das abgearbeitet werden kann,

(B)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf sind wir ja noch nie gekommen!)

es gibt Kleine Anfragen, Große Anfragen, Berichts-anträge und so weiter. Das ist die entsprechende Möglichkeit, parlamentarisch Fragen zu stellen, aber kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn Sie uns Antworten geben würden! – Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich möchte aber auch an eines erinnern: Es gibt eine Verantwortung auch der Opposition, das will ich an dieser Stelle deutlich sagen, und zwar insbesondere für drei Dinge. Es gibt eine Verantwortung der Opposition auch für den Standort.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja! – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, sehr wohl!)

Sehr geehrte Damen und Herren, dass der Standort in den letzten Jahren profitiert hat, bekommt doch jeder, nicht nur in Bremen, sondern auch außerhalb Bremens, mit.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wir sind beim Wirtschaftswachstum mit in den Spitzenpositionen. Wir haben zusätzliche Arbeitsplätze in den letzten beiden Jahren im Netto geschaffen. Es ist uns im letzten Jahr das erste Mal gelungen, auch zusätzliche Einwohner in die Stadt Bremen zu locken. Das ist erfolgreiche Politik, und darum geht es Ihnen eigentlich: Sie wollen diese erfolgreiche Politik mit anderen Mitteln diskreditieren, weil Ihnen das bisher nicht gelungen ist, Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Sehr geehrte Frau Linnert, Sie haben aber auch eine Verantwortung als Opposition für die Partner Bremens. Da muss man sich fragen, heutzutage treffen Investoren doch Standortentscheidungen zumindest im nationalen, meistens sogar im europäischen Wettbewerb: Welcher Investor, liebe Frau Linnert, kommt gern an einen Standort, wenn die Gefahr besteht, dass er sich für seine Investitionen Jahre später vor einem Untersuchungsausschuss auch noch entschuldigen muss?

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch genau umgedreht! – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau umgekehrt!)

Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Linnert, Sie haben natürlich auch eine Verantwortung für die Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben. Wenn Sie hier immer besonders einen Bauunternehmer erwähnen, so sprechen Sie auch über 600 Arbeitsplätze. Ich kann nur an Sie appellieren, dass Sie auch mit dieser Verantwortung im Untersuchungsausschuss entsprechend umgehen, liebe Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD – Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich hier gerade angekündigt!)

Ich will das ganz deutlich sagen: Ich wünsche mir für den Standort Bremen eigentlich viel mehr Unternehmer, die hierher kommen, uns pffiffige Vorschläge unterbreiten, kreativ sind und tatsächlich auch Investitionen am Standort bewegen wollen. Das muss doch die Aufgabe des Parlaments sein. Mit diesem

- (A) Untersuchungsausschuss konterkarieren Sie das genau!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, da wir aus Ihrer Rede, Frau Linnert, keine konkreten Hinweise erhalten haben, wird sich auch die CDU-Fraktion komplett der Stimme enthalten. Dies ist möglich aufgrund einer Veränderung, die wir im Jahr 1994 hier vorgenommen haben. Bisher, liebe Frau Linnert, gibt es nur eine ganz konkrete Vorteilsnahme und -gewährung in diesem Prozess, und zwar die, dass wir Ihnen jeweils die Stimmen und die Unterschriften zur Verfügung gestellt haben, damit Sie überhaupt diesen Untersuchungsausschuss einsetzen können!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die erfolgreiche Politik der großen Koalition wollen wir auch in den nächsten Jahren entsprechend fortsetzen. Sie hoffen, dass durch ein kräftiges Schlagen in den Matsch der eine oder andere in diesem Bereich seinen Dreck abbekommt. Ich bin mir sicher, dass Sie, liebe Frau Linnert, den einen oder anderen Punkt aufdecken werden, bei dem vielleicht ein Fehler gemacht wurde. Es ist selbstverständlich, dass auch Fehler gemacht werden, wenn gearbeitet wird und Projekte bewegt werden. Aber ich hoffe für Sie, dass dies nachher nicht die Annahme einer Flasche Sekt zu Weihnachten oder eines Christbaums zu Weihnachten ist, weil dies sicherlich nicht einen Untersuchungsausschuss rechtfertigen würde, der eine Million Euro kostet.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Aber um das auch deutlich zu sagen, unsere Vertreter werden in dem Ausschuss mitarbeiten. Sollten schwere Fehler festgestellt werden, so müssen diese abgestellt und Veränderungen veranlasst werden. Sollten wir jedoch Recht behalten, Frau Linnert, so ist dieser den Standort schädigende Vorgang möglichst schnell zu Ende und zum Abschluss zu bringen. Ich hoffe, dass Sie dann nicht mit Ihrer Taktik Recht bekommen werden, dies möglichst noch bis kurz vor die nächsten Wahlen zu ziehen, weil Sie sich davon irgendwelche Wahlkampfeffekte erhoffen. Hier muss es wirklich um Sachaufklärung, aber nicht um politische Showeffekte gehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln heu-

te in einer außerordentlichen Sitzung den Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/1086, Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit dem Ziel, Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften im Land Bremen zu untersuchen.

(C)

Meine Damen und Herren, das ist an sich ein lobenswerter und sinnvoller Antrag. Dieser Antrag ist aber auch ein längst überfälliger Antrag, aber gut, besser heute als nie. Auch ich halte es für dringend erforderlich, dass folgende Bauprojekte wie zum Beispiel Siemens-Hochhaus, Bahnhofsvorplatz, Contrescarpe-Center, Großmarktneubau, Weserstadion Ostkurve und andere untersucht werden, um eventuelle Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben festzustellen und um vielleicht weiteren Schaden für das Land Bremen zu verhindern.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: DVU und Grüne in einem Boot!)

Dazu ist es aber dringend erforderlich, dass die in Ihrem Antrag angeführten Forderungen, folgende Sachverhalte wie zum Beispiel Beeinflussung von Kauf- oder Verkaufsentscheidungen von Grundstücken und Liegenschaften sowie von Planungs-, Entwicklungs- und Bauaufträgen, Gründe und Auswirkungen von Verzicht auf oder Einschränkung von Ausschreibungen, Hintergründe von fehlenden oder mangelhaften Wertermittlungen sowie von Nebenabreden und Koppelgeschäften, Abweichungen von gesetzlichen oder politischen Vorgaben und Richtlinien, Zusammenhang von Verkaufsgeschäften mit anschließender Anmietung durch die Freie Hansestadt Bremen und andere Sachverhalte zu untersuchen, aber auch schnellstens umgesetzt werden.

(D)

Meine Damen und Herren, angesichts der neuesten aktuellen politischen Skandale, ich meine jetzt den SPD-Klüngel, den Spendenskandal in Köln – ich betone, noch Kölner Skandal, denn ein Ende ist hier noch nicht abzusehen, wobei es ja um Unregelmäßigkeiten bei städtischen Bauvorhaben, um Korruption und Bestechungsgelder in Höhe von Millionen Euro gehen soll –, ist auf Grundlage solcher politischer, wie ich meine, krimineller Machenschaften eventuell auch dringend notwendig, dass Sie hier im Land Bremen schnellstens einen Untersuchungsausschuss einrichten, um eventuelle, ich betone eventuelle, Unregelmäßigkeiten bei Bauvorhaben und Immobiliengeschäften im Land Bremen aufzudecken.

Sagen Sie ja nicht voreilig, bei uns im Land Bremen würden niemals Unregelmäßigkeiten vorkommen! Auch der SPD-Generalsekretär Müntefering hat einmal großspurig und vollmundig behauptet, bei uns in der SPD gab es keinen Spendenskandal und wird es auch nie einen geben. Jetzt hat er es schwarz auf weiß, dass es auch in der SPD einen ekligen und widerlichen Spendenskandal gibt.

(A) Meine Damen und Herren, Tatsache ist doch, dass ein politischer Skandal der Altparteien den anderen jagt, und zwar so schnell, dass unsere Bürger morgens nicht einmal mehr die Zeitung aufschlagen wollen, weil sie Ihre Politik der unerträglichen, auf Kosten der Steuerzahler, der Bürger betriebenen Skandale endgültig Leid sind. Bei solchen schmutzigen Machenschaften der Altparteien wie in Köln brauchen Sie sich überhaupt nicht zu wundern, wenn unsere Bürger vielleicht auch zu Recht behaupten, die da oben sind sowieso alle gleich.

Meine Damen und Herren, ich betone es in aller Deutlichkeit, Köln ist nicht Bremen, und ich bringe diesen Skandal in Köln auch nicht mit eventuellen Verdächtigungen hier in Bremen in Verbindung. Aber für die Deutsche Volksunion wäre allein schon der Verdacht einer unzulässigen Einflussnahme auf die politischen und administrativen Entscheidungen durch Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme oder Korruption unerträglich. Die Deutsche Volksunion wird immer und zu jeder Zeit rigoros jegliche Misswirtschaft, Parteienfilz, Korruption, Steuergeldverschwendung im Interesse und zum Wohle der Bürger demokratisch bekämpfen.

(B) Meine Damen und Herren, liebe Frau Linnert, ich habe hier rein zufälligerweise einen Artikel aus der „taz“ mit der Überschrift: „Grüner Staatsrat unter Filzverdacht, Müllgutachten an Planungsbüro, für das Lahl einen Geschäftsführervertrag hatte“ und so weiter, „schwere Vorwürfe gegen den grünen Umweltstaatsrat Uwe Lahl“ und so weiter, eine ganze Seite! Ich hätte mir wirklich sehr gewünscht, dass Sie damals solche Aktivitäten entfaltet und solche Reden gehalten hätten, als es um Ihren Staatsrat ging. Das wäre politisch wirklich glaubwürdiger.

Meine Damen und Herren, obwohl die Grünen keinerlei Beweise für ihre starken Vorwürfe erbracht haben, werde ich diesem Antrag zustimmen, um die vorgebrachten starken Vorwürfe auch zu entkräften und somit zum Wohle des Standorts Bremen und zum Wohle des Landes Bremen beizutragen. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böhrnsen, im Grunde haben Sie kein einziges Wort zur Sache gesagt. Sie können die Fragen, die wir gestellt haben, nicht beantworten, und dann weichen Sie auf die Figur aus, wir hätten keine Beweise erbracht.

(Abg. Frau **Hammeström** [SPD]:
Ach!)

Wir machen einen Untersuchungsausschuss, und am Ende wird ein Ergebnis stehen, nicht aber am Anfang!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Wenn ich hier Beweise vorgebracht hätte, dann hätten Sie gesagt, wir machten Vorverurteilungen, und wir hätten uns nicht an die Staatsanwaltschaft gewandt. Im Übrigen wissen wir, dass sich immer dann, wenn man substantielle Hinweise darauf erhält, dass es sich um Straftaten handelt, ein Abgeordneter und eine Fraktion an die Staatsanwaltschaft zu wenden haben. Ich habe das auch in meinem Leben als Abgeordnete schon mehrmals getan.

In diesem Fall geht es aber darum, die politische Verantwortung für die Entscheidungen aufzuklären. Dazu haben Sie hier kein einziges Wort gesagt. Sie sind ausgewichen, und Sie haben mir überhaupt nicht zugehört. Ihr Urteil stand von Anfang an fest, es geht um etwas Gefühls, und darauf haben Sie Ihre Rede aufgebaut. Aber die Fragen, die wir gestellt haben, die Fragen, die der Untersuchungsausschuss beantworten soll, die Fragen, die es hier in dieser Stadt gibt, die haben Sie nicht beantwortet. Sie haben keine Hinweise darauf, wie das eigentlich im Einzelnen gelaufen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg.
Frau **Lemke-Schulte** [SPD]: Das ist
Unsinn! Das ist schwach!)

(D) Ich glaube, Herr Böhrnsen und Herr Eckhoff, dass Sie sich das noch einmal überlegen müssen, welches Signal Sie hier nach außen gesandt haben. Sie haben hier versucht, eine Kultur, in der der Zweck die Mittel heiligt, wo es im Grunde ja um die große Koalition geht, wo es im Grunde nur darum geht, Ergebnisse zu erzielen, zu rechtfertigen. Genau das ist aber falsch! Wer sich mit Korruption auseinandersetzt und sich darüber klar ist, dass alle Verantwortungsträger überall Verantwortung dafür tragen, dass kein Eindruck entsteht, an keiner Stelle der Verwaltung, dass der Zweck die Mittel heiligt und dass es nur um Ergebnisse geht, der darf das nicht tun. Der muss sich darüber klar sein, dass unabhängig davon, welche Regierung hier gerade an der Macht ist, allen Verdachtsmomenten nachgegangen werden muss, ohne Ansehen der Person und ohne Ansehen einer übergeordneten Frage, ist es denn jetzt gut oder schlecht für die große Koalition.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier hat vor allem Herr Eckhoff gesagt, ja, es gibt eine erfolgreiche Sanierungspolitik, und dabei stört der Untersuchungsausschuss schon. Das ist die Kultur, die nicht in Ordnung ist und die in Bremen eine Menge Probleme nach sich gezogen hat, nämlich die Kultur, es könnte ja doch der Zweck die Mittel heiligen, man müsse gar nicht so genau schauen, und im Grunde will ich nur schnell ein gutes Ergebnis erzielen, und ob das im Einzelnen dann so ganz hundertprozentig sauber gelaufen ist oder ob andere Investoren stinkwütend sind und den Ruf Bremens

(A) anderswo schädigen, interessiert uns im Moment nicht, weil es ja nur um das kurzfristige Ergebnis geht.

Einer Sache will ich hier noch entgegentreten. Hier wurde gesagt, dieser Untersuchungsausschuss war bei den Grünen so umstritten, und sie sind sich da selbst nicht einig gewesen! Wir haben über längere Zeit hinweg immer wieder darüber diskutiert, ob nicht langsam der Zeitpunkt gekommen ist, dass man mit all dem, was man über den Baubereich in Bremen hört, nicht anders umgehen muss, als sich immer wieder, ich sage einmal, in den Wirtschaftsförderungsausschüssen und mit Kleinen und Großen Anfragen hier im Parlament die entsprechenden ausführlichen und besonders engagiert vorbereiteten Antworten des Senats anzuhören. Darüber haben wir in der Tat schon über einen längeren Zeitraum diskutiert.

Wir haben auch bei einer Reihe von Vorhaben, die hier in Rede stehen, Akteneinsicht verlangt und versucht, auf andere Art und Weise der Sache auf die Spur zu kommen. Dann sind aber mehrere Sachen zusammengekommen. Das eine war, dass die Staatsanwaltschaft in Bremen immerhin in 19 Dienststellen und Betrieben Akten beschlagnahmt hat, dass wir auch einiges, wie Sie wahrscheinlich auch, darüber wissen, dass Zeugen bedroht wurden und dass da auf einmal dann klar war, so geht es nicht.

(B) Es hat eine Dimension erreicht, wo es Hinweise gibt, dass auch strafrechtlich eine ganze Menge passiert ist, wo man uns nicht nur den Vorwurf machen können, es ginge uns nur darum, der großen Koalition etwas am Zeuge zu flicken. Das war ein ganz entscheidender Meilenstein in den Beratungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der zweite war, dass wir gedacht haben: Wo leben die hier eigentlich? Obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass es nur noch einen einzigen Bauunternehmer in Bremen gibt, der wirklich eine Chance hat, obwohl man überall darauf angesprochen wird, weit über die Kreise hinaus, in denen Grüne sich sonst bewegen, hat der Senat die Instinktilosigkeit besessen, den Bahnhofsvorplatz wieder in einem nicht transparenten, von Ihnen selbst auch kritisierten Verfahren, Herr Böhrnsen, zu vergeben.

Da haben wir gesagt, jetzt ist einfach Schluss! Wenn es gar kein Problembewusstsein mehr dafür gibt auf Seiten des Senats, wie sich Bremen eigentlich mit seiner Vergabepraxis und mit der Vergabe von Bauaufträgen und Verkäufen in der Öffentlichkeit und darüber hinaus darstellt, dann ist das auch die Pflicht einer Opposition, dieser Sache so auf die Spur zu gehen, dass man die Verwaltungsabläufe genau klärt und Vorschläge macht, wie das in Zukunft anders laufen kann. Das ist der Hintergrund gewesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuzuruf der Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD])

(C) Dieser Prozess hat in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einige Zeit gedauert. Das ist überhaupt nicht peinlich, Frau Lemke-Schulte.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Doch! – Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Sie haben keine Ahnung! Das ist der Fakt!)

Peinlich ist, davor wegzutauchen, das ist peinlich! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat am Ende dieses Prozesses, nachdem wir es hin und her abgewogen haben, welche Gründe und Entscheidungsgründe es gibt, diesen Untersuchungsausschuss einstimmig beschlossen. Es gibt keine Hinweise darauf, dass es Personen in der Fraktion gibt, die da anderer Meinung sind. Es war ein offener Beratungsprozess, und es ist einstimmig. Es ist einfach nur der Versuch von Ihnen, da öffentlich wider besseren Wissens miese Stimmung zu verbreiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu der von Ihnen hier angesprochenen Öffentlichkeit, die das alles überhaupt nicht verstehen kann, was die Grünen da machen, muss ich Ihnen sagen, ich lebe in einer anderen Öffentlichkeit! Seit wir uns entschlossen haben, den Untersuchungsausschuss zu beantragen, habe ich ziemlich viel Post bekommen. Da muss man die Spreu vom Weizen trennen, das ist wohl wahr, Herr Eckhoff, das weiß ich auch!

(D) Natürlich ist es richtig, dass in solchen Zusammenhängen immer auch Konkurrenten, die sich benachteiligt fühlen, besonderes Interesse haben, aber auch von übergeordneten Gremien gibt es viele Leute, die sagen, endlich, es war überfällig, endlich, es ging so auch nicht mehr weiter. Das hören wir. So viel Anerkennung für unsere parlamentarische Arbeit wie in den letzten vier Wochen im Zusammenhang mit der Entscheidung, den Untersuchungsausschuss zu beantragen, haben wir schon sehr lange nicht mehr bekommen. Das ist die Öffentlichkeit, in der wir uns bewegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen das noch einmal: Hören Sie auf, hier den Eindruck zu erwecken, es ginge im Grunde ja um einen Untersuchungsausschuss gegen die große Koalition! Darum geht es nicht! Die große Koalition kritisieren wir politisch. Da können wir die von Ihnen vorgelegten Zahlen auch ohne Untersuchungsausschuss entkräften. Es geht um das, was im Einsetzungsbeschluss steht. Es wird nicht die große Koalition untersucht, sondern die dort in Rede stehenden Baugeschäfte, und es gibt ausreichend Hinweise darauf, dass die Entscheidungen, die zu diesen Bauaufträgen und Grundstücksverkäufen geführt haben, an vielen Punkten nicht korrekt waren. Das ist der Auftrag des Untersuchungsausschusses.

- (A) Hören Sie auf, den Eindruck zu erwecken, es ginge gegen die große Koalition! Das kann auch auf Sie selbst zurückschlagen. Erwecken Sie nicht den Eindruck, im Grunde würde ja nur das Ergebnis zählen, und der Weg sei egal! Auch das wird auf Sie zurückschlagen, und der Ruf Bremens sollte ein anderer sein.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Diese zweite Rede hat es nicht besser gemacht!)
- Präsident Weber:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Meine Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Ihnen noch zur Klarstellung mitteilen, dass nach Artikel 90 der Landesverfassung die Bürgerschaft ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst, soweit die Verfassung nichts anderes bestimmt. Diese seit 1994 gültige Regelung der Landesverfassung hat die Regelung des Grundgesetzes, wonach für einen Beschluss die Mehrheit der Jastimmen gegenüber den Neinstimmen erforderlich ist und Enthaltungen nicht berücksichtigt werden, übernommen.
- Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.
- (B) Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und von Abgeordneten der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/1086 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Bündnis 90/Die Grünen)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- (SPD und CDU)
- Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
- Der soeben angenommene Antrag sieht vor, dass der Untersuchungsausschuss aus sechs Mitgliedern und sechs stellvertretenden Mitgliedern bestehen soll. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.
- Wir kommen zur Wahl.
- (Unruhe)
- Meine Damen und Herren, können wir uns auf das Prozedere konzentrieren und nicht zu den „Buten un binnen“-Kameraleuten schauen und denen mehr Aufmerksamkeit schenken als dem, was wir hier machen?
- (Abg. E c k h o f f [CDU]: Wir sind schon froh, dass sie einmal da sind!)
- Wer den Wahlvorschlägen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.
- (Einstimmig)
- Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 3 des Gesetzes über Einsetzung und Verfahren von Untersuchungsausschüssen bestimmt die Bürgerschaft den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses sowie dessen Stellvertreter. Sie müssen verschiedenen Fraktionen angehören. Die Fraktion der SPD hat den Abgeordneten Hermann Kleen für die Wahl zum Vorsitzenden vorgeschlagen, die CDU-Fraktion die Abgeordnete Catrin Hannken als stellvertretende Vorsitzende.
- Ich lasse zunächst über den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD abstimmen.
- Wer den Abgeordneten Hermann Kleen zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Hermann Kleen zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.
- (Einstimmig)
- Nun lasse ich über den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU abstimmen.
- Wer die Abgeordnete Catrin Hannken zur stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Catrin Hannken zur stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.
- (Einstimmig)
- Meine Damen und Herren, ich bitte den Abgeordneten Kleen, zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses einzuladen.
- Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der außerordentlichen Sitzung angekommen. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.
- (Schluss der Sitzung 11.03 Uhr)